

HNA
3.10.03

Die Hürden des Parlaments

Zersplitterung des Mittelstandes verschärft Problem zwischen Politik und Unternehmen

Von Martina Wewetzer

KASSEL. Der Riss zwischen Politik und Unternehmern ist nicht zu übersehen, als der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Rezzo Schlauch (Die Grünen), vor 60 Unternehmern in der Industrie- und Handelskammer Kassel (IHK) über Mittelstandspolitik referiert. Eingeladen hat die IHK-Mittelstandsinitiative.

Kaum Neues kann Schlauch in seiner Funktion als Mittelstandsbeauftragter den Zuhörern bieten, stattdessen immer wieder der Verweis auf parlamentarische Hürden, die erst genommen werden müssen, um etwas zu ändern. „Es ist ein mühsames Geschäft“, stellt er fest. Es gebe

kaum noch Gesetze, die nicht im Bundesrat zustimmungspflichtig seien. Immerhin 50 „Baustellen“ der Entbürokratisierung habe die Bundesregierung aufgemacht – sprich auf den Weg gebracht. Eine da-



Rezzo Schlauch

von sei die Abschaffung der Ausbildungsregelung. Doch entscheidend seien die Strukturprobleme, der Satz fällt gleich mehrfach an diesem Abend.

Strukturprobleme sind das eine. Was Schlauch aber vermissen lässt, sind eine klare Linie nach fast einem Jahr in diesem Job und konkrete Ziele, die er sich selbst gesteckt

hat. Seine Einlassungen über parlamentarische Hürden, mit denen er sich aufs politisch Unverbindliche zurückzieht, verfangen bei seinen Zuhörern nicht. Deren Probleme sind handfester: Ein Kreditantrag, der positiv von der Hausbank beschieden, an die Kreditanstalt für Wiederaufbau weitergeleitet, dort aber abgelehnt wird. Oder das Fördergefälle zwischen Hessen und Thüringen, das sich auftut, nachdem das Wirtschaftsministerium die GA-Fördergelder gestrichen hat. Doch Schlauch teilt auch aus. Stichwort: Subventionsabbau. „Immer wenn es konkret wird, wird es schwierig.“ Und an die Adresse des Mitinitiators Alwin Altrichter, Geschäftsführer der Kuhn OHG Feuerschutz: „Sie leben

doch von der Bürokratie.“ Spätestens an dem Punkt offenbart sich der alte Graben: Politiker reden viel über Mittelstand, aber wenig mit den Mittelständlern. Die Farbe des Parteibuchs spielt dabei keine Rolle, den Posten des Mittelstandsbeauftragten gibt es seit etlichen Legislaturperioden.

Verschärft wird das Problem der Kommunikation durch die Zersplitterung des Mittelstandes in etliche Verbände und zwei Kammern. Einzig das kann Schlauch ankündigen: Die Umlage für Insolvenzfälle soll nach oben gedeckelt werden. Eine entsprechendes Gesetz soll mit den Reformen zu Hartz III und IV eingebracht werden. Deckelbetrag und Termin nennt er aber nicht. FOTO: ROSENTHAL